



## „Wir brauchen einen Digitalbotschafter“

JavaSPEKTRUM sprach mit Dr. Jörg Müller-Lietzkow, Politikberater in Sachen Digitalisierung, Professor für Medienökonomie und -management an der Universität Paderborn sowie Vorstand des regierungsnahen Digital Think Tank #cnetz e. V. Seiner Meinung nach werden einerseits zu große Erwartungen an die Möglichkeiten der Regierung gestellt, andererseits verbreitet diese zu wenig Begeisterung für die Vorteile der Digitalisierung. Er sagt: „Wir werden nur dann ausreichend Bewegung erreichen, wenn wir es schaffen, europäische digitale Souveränität zu entfalten.“

**?** JavaSPEKTRUM: Inwieweit hat die Politik ernsthaft verstanden, dass die Digitalisierung die traditionelle Deutschland AG infrage stellt?

**Müller-Lietzkow:** Dass Digitalisierung das treibende Querschnittsthema ist, hat die Politik sehr wohl verstanden. Auf Bundesebene ist es auch in die Ministeriumsstrukturen bis tief ins Kanzlerinnenamt

eingearbeitet worden, sodass dies nachhaltige Wirkung entfalten kann. Allerdings ist bisher viel bloßes Wunschbild, ohne klar festzulegen, wie wir die Dinge angehen wollen. Eine konkrete, inhaltlich geschlossene Umsetzungsstrategie fehlt noch.

Nur Geld bereitzustellen, reicht nicht aus.

»Wir schaffen es selten, wirklich Außergewöhnliches im Zeitalter der Plattformökonomien hervorzubringen«

Wir benötigen a) die normativen Rahmenbedingungen, wir brauchen b) die Menschen, die die Umsetzung auf hohem Niveau gewährleisten, das heißt, c) wir müssen in Bildung investieren, und letzten Endes d) müssen wir in Technologien und deren Erforschung investieren, die wegweisend sind und dafür sorgen, dass wir langfristig mithalten können. Dabei erscheint es zweitrangig, ob wir sie kaufen, anpassen und weiterentwickeln oder gleich selbst entwickeln.

**?** Ist Deutschland inzwischen digitale Diaspora?

Nein, eine digitale Diaspora ist Deutschland, ist Europa sicher nicht. Wir haben eine Menge guter Technologien und viele Leute, die solche Technologien entwickeln und betreiben können. Wir haben aber ein Bündelungs- und Konzentrationsproblem. Wir haben an vielen Stellen vieles, aber wir schaffen es selten, aus einem Feld heraus wirklich Außergewöhnliches im Zeitalter der Plattformökonomien hervorzubringen.

Das ist aber nicht eine Herausforderung, die allein die Politik betrifft. Wir tun häufig so, als wenn die Politik eine wirtschaftlich agierende AG wäre. Und dann zeigt man mit dem Finger auf sie, wenn etwas nicht geklappt hat. Das ist ein fataler Denkfehler. Wir haben hier einen Impulsgeber namens Politik, die versucht, nach bestem Wissen Rahmenbedingungen zu schaffen. Das dauert zugebenermaßen häufig sehr lange, ist aber durch und durch demokratisch. Aber Aufgabe der Politik ist es nicht, der wirtschaftliche Treiber zu sein. Das wäre paradox, denn diese Kernaufgabe kommt ja der Wirtschaft selbst zu. Mit einer Ausnahme: Im Bereich E-Government ist der Staat – und zwar auf allen Ebenen, sprich Bund, Länder, Kommunen – gefordert. Hier bieten sich aber auch gute Chancen für innovative Lösungen zum Beispiel von Start-ups, denn allein kann der Staat dies nicht schaffen.



**Dr. Jörg Müller-Lietzkow** ist seit 2008 Professor für Medienökonomie und Medienmanagement am Institut für Medienwissenschaften der Universität Paderborn. Nach seiner Banklehre studierte er an der Universität Wuppertal Wirtschaftswissenschaften (1992-1997) sowie an der deutschen Trainerakademie in Köln (1993-1997). Mit Abschluss der Dissertation zu „Virtualisierungsstrategien in klassischen Industrien“ (2003) ging er nach Jena an den Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft mit dem Schwerpunkt Ökonomie und Organisation der Medien. Dort konzentrierte er sich insbesondere auf die Entwicklung von Games als Anwendungsfall digitaler Medien. Parallel zu seinen akademischen Tätigkeiten hatte er von 1999 bis 2003 ein Unternehmen. Er begleitete viele Gründungsprojekte im Rahmen der EXIST-Förderung. Darüber hinaus berät er regelmäßig Wirtschaft und Politik und war mehrfach Experte bei Anhörungen des Bundestages sowie diverser Landtage. Er ist seit Januar 2014 Co-Sprecher/Vorsitzender des #cnetz e.V.

### ? Dazu fällt mir Estland ein.

Estland hat ca. 1,3 Millionen Einwohner. Wie häufig gefordert, einfach Lösungen übernehmen, kann man bei einer Population von 82 Millionen in Deutschland nicht. Bei einer kleinen konzentrierten Population ist die Skalierungsproblematik eine deutlich andere inklusive der föderalen Strukturen. Zum anderen wäre das, was die Esten eingeführt haben, bei uns datenschutzrechtlich nur bedingt machbar. Außerdem stellt sich für mich die Frage, ob das die Mehrzahl der Bürger in Deutschland mitmachen würde? Die Deutschen erwarten vom Staat, dass neue Technologien, die eingeführt werden, immer direkt perfekt funktionieren. Das kann der Staat aber im E-Government eben nicht in dem Maße wie zum Beispiel beim Straßenbau gewährleisten aufgrund des Charakters von Software und Daten. In der Digitalisierung muss (immer noch) vieles ausprobiert und entwickelt werden. Zu Experimenten sind, glaube ich, häufig viele Bürger bei uns so nicht bereit. Umgekehrt führt dies dann häufig zu wenig smarten Lösungen.

### ? Abgesehen von der Skalierungsproblematik, die Esten haben aber offenbar deutlich mehr Mut, neue Dinge anzugehen, und sie setzen sie mit dem Leitgedanken um: „Digitalisierung muss den Menschen nutzen“. Fehlt der deutschen Politik ein Leitbild Digitalisierung oder kann man das auch nicht von ihr erwarten?

Ja, ein Leitbild, eine strategische Vision sollte die deutsche Politik definitiv entwerfen, zumal sie ja auch einen Führungsanspruch im Koalitionsvertrag definiert hat. Aber noch einmal: Der Staat kann das Leitbild zeichnen und auch sagen, was er benötigt, um das zu realisieren. Aber er kann zum Beispiel kein deutsches Facebook, kein Amazon oder andere Plattformen verordnen. Das wird nicht funktionieren. Bei aller Kritik an der Datensammelwut der US-amerikanischen und chinesischen Digitalkonzerne bleibt die Erkenntnis: Auch deren Strukturen sind staatsfern gewachsen. Sie haben in ihren Heimatmärkten etwas ausprobiert, das hat funktioniert und sie haben es global ausgerollt – unter anderen Rahmenbedingungen. Grundsätzlich gilt auch bei uns, die Unternehmen sollen aus eigener Kraft funktionieren. Aber natürlich kann der Staat sagen, dass er in bestimmten Bereichen die Digitalisierung vorantreiben möchte, zum Beispiel viele digitale Bürgerservices, und hier Anreize durch Investitionsprogramme oder Förderung geben.

### ? Sie sind ja sehr nah dran. Sie sind Sprecher des konservativen Digital Think Tank #cnetz e. V., Sie waren aufseiten der Union bei den Koalitionsverhandlungen dabei, als die Digitalisierung zwischen Union und SPD verhandelt wurde. Wie sieht Ihrer Meinung nach das digitale Leitbild der Regierung aus? Können Sie kurz beschreiben, wofür die Regierung in Sachen Digitalisierung steht?

Zunächst einmal: Bei den Koalitionsverhandlungen suchten zwei, respektive drei Parteien, die sich nach vielen Jahren gemeinsamer Regierung nicht gerade lieben, nach einem politischen Kompromiss. Eine Sonderstellung hatte dabei die Digitalisierungsgruppe, die große Freiheiten genoss. Das Ziel dort war, dass alle Verhandlungsteilnehmerinnen und Teilnehmer Deutschland im Kontext einer digitalen Welt fit für die Zukunft machen wollten. Das zieht sich, wie Sie auch im Koalitionsvertrag sehen können, durch alle Lebensbereiche: Bildung, Arbeit und Wirtschaft, gesellschaftliche Fragen, bis hin zu der Frage nach der Akzentuierung bei der Digitalisierung des Staates. Voraussetzung dafür ist eine ordentliche Infrastruktur. Und klar: Da reden wir über Glasfaser bis zu den Haushalten (FTTH) beziehungsweise innovative 5G-Lösungen. Wenn wir bis 2025 tatsächlich ein flächendeckendes Gigabitnetz haben wollen, dann geht das nur so. Wir reden aber hier nicht über die Fragen, haben wir dafür Geld oder wie schnell bekommen wir die Kabel verlegt, sondern über die Ausbaustrategie. Und ja, die Skepsis bleibt, ob wir genügend Baurtrupps haben.

### ? Wie zuversichtlich sind Sie denn persönlich, dass bis 2025 ein flächendeckendes Gigabitnetz existiert.

Auf Basis des Koalitionsvertrages kann sich jetzt niemand mehr herausreden. Das Geld steht zur Verfügung und die Beteiligten, inklusive der Länder und Kommunen, müssen das Geld einfordern und den Ausbau schneller vorantreiben. Der Bund kann ja nicht selbst irgendwelche Baurtrupps losschicken. Und in den Gebieten, in denen die Rentabilität nicht gegeben ist, muss das Subsidiaritätsprinzip greifen und es müssen trotzdem Anschlüsse gelegt werden. Das Ziel ist klar, und wenn wir das jetzt wieder nicht hinbekommen, wäre das mit dem Wort „fatal“ nur vorsichtig umschrieben.

### ? Sie haben mehrmals betont, dass der Bund die Aufgaben allein nicht bewältigen kann. Länder, Kommunen und Wirtschaft seien ebenso gefragt. Wie sehen Sie denn die Chance, dass sich Kommunen und Länder jetzt endlich auch stärker bewegen?

Sie haben eben nach dem Leitbild gefragt. Wir werden nur dann ausreichend Bewegung erreichen, wenn wir es schaffen, das Feuer zu entfachen. Dazu brauchen wir einen Digitalbotschafter, der entsprechend ein Netzwerk vor allem auch im Ausland schafft. Im Inland haben mit Helge Braun und Dorothee Bär hervorragend geeignete Persönlichkeiten die Führung für die Digitalthemen übernommen, aber in der internationalen Wahrnehmung müssen wir nachlegen. Und im Inland sollten die Akteure die Aspekte der Digitalisierung klar benennen und die Vorteilhaftigkeit der Strategie und auch unsere Leistungsfähigkeit in Deutschland und Europa adressieren.

»In der Digitalisierung muss vieles ausprobiert werden«

Wir müssen den Leuten real zeigen, dass durch Digitalisierung tatsächlich mehr Lebensqualität entsteht und wir nicht nur Zeit sparen oder Unternehmen mehr Geld verdienen können. Ganz konkret; wenn die Menschen Angst haben, dass sie der Kollege Roboter von ihrem Arbeitsplatz verdrängt, haben sie keinen Grund, sich für die Digitalisierung einzusetzen. Wenn wir ihnen aber zeigen, dass Digitalisierung sie von Routine und schweren Arbeiten befreit, ihre Jobs interessanter werden und sie durch Bildungsangebote in die Lage versetzt werden, mit den Veränderungen zurechtzukommen, dann werden wir statt der vielen Skeptiker sehr viel mehr Digitalisierungsbefürworter bekommen. Wir müssen den Leuten unsere Kernbotschaften ehrlich, aber auch mal positiv kommunizieren. Dazu brauchen wir auch Kommunikatoren vor Ort beziehungsweise mehr, die die notwendigen Reisen im In- und Ausland auf sich nehmen.



### ? Welche Botschaften sind das?

Ich versuche es mal zu verdichten auf fünf Botschaften: Wir wollen 1. die bestmögliche Infrastruktur bieten. Wir wollen 2. die bestmöglichen Angebote des Staates. Wir wollen 3. die Wirtschaft transformieren und stabilisieren. Wir wollen 4. in die Forschung investieren, damit europäische Technologien eine Rolle spielen. Und last but not least, 5. wollen wir auch bei der „digitalen Bildung“ das Aufstiegsversprechen halten. Allein mit diesen fünf Punkten hat man eine klare Botschaft.

### ? Woran liegt es, dass diese fünf Kernbotschaften nicht allgemein bekannt sind? Brauchen wir ein digitales Narrativ, das dann auch in der 2. und 3. Reihe der Politik erzählt werden kann?

Ja, wir brauchen ein solch gut vermittelbares Narrativ, das zudem glaubwürdig mit Personen verbunden und auch umgesetzt werden muss. Wir brauchen dabei weder Utopie noch Dystopie – beides ist unsinnig –, sondern ein realistisches, tatsächlich machbares Bild.

### ? Sie kritisieren die Industrie dafür, dass sie zu wenig tut. Welche Branche meinen Sie denn konkret?

Nicht ganz. Ich kritisiere die Industrie dafür, dass sie wie das Kaninchen vor der Schlange sitzt. Man darf doch in einer Zeit, in der global viele Unternehmen noch mehr Geld in die Hand nehmen, sei es ihr eigenes, sei es Risikokapital, und mutige Entscheidungen

treffen, die schnell umgesetzt werden, nicht darauf warten, dass der deutsche Staat die Sache mit der Digitalisierung für die nationalen Unternehmen deichselt. Das wird nicht passieren. Für den Staat gilt eher, dass wir tatsächlich drei Dinge brauchen, damit wir in Sachen Digitalisierung vorankommen: 1. Mut und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, 2. eine konkrete Vorstellung, was sich mit Digitalisierung besser lösen lässt, und 3. darüber nachzudenken, was denn aus Europa heraus disruptiv entwickelt werden kann, damit wir digitale Souveränität (zurück-)gewinnen.

### ? Haben Sie da eine Idee?

Ich kann ihnen ein vielleicht zunächst abseitig klingendes Beispiel geben, das hoffentlich deutlich macht, was ich damit meine. Ich habe mich in den letzten Monaten stark für das Thema Digitalisierung und Integration eingesetzt. Bis jetzt schreiben wir den Leuten, die zu uns kommen, mehr oder weniger vor, wie sie sich zu verhalten haben. Das ist ja im strengen Sinne keine Integration, sondern mehr oder weniger zwangsweise Anpassung an das vorherrschende System. Aber die Leute müssen in ihren Werten und in ihrer Kultur ja auch verstanden werden, damit Integration gelingen kann.

Ich habe deshalb intelligente Leute an einen Tisch gebracht und sie darum gebeten, darüber nachzudenken, ob sich mithilfe von KI nicht digitale, niedrighschwellige Systeme bauen lassen, die beiden Seiten entgegenkommen. Können wir nicht versuchen, digitale Brücken zu bauen, die ihnen Einblicke in unsere Kultur und Sprache geben und uns den Blick öffnen für ihre? Warum entwickeln wir nicht – zum Beispiel zusammen mit Google – Sprachtools oder zusammen mit dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) ganz konkrete KI-Lösungen, die kulturelle Brücken bauen? Damit würde ein konkretes europäisches Problem aufgegriffen, zu dessen Lösung digitale Services beitragen, die langfristig auch in anderen Feldern profitabel eingesetzt werden können.

Ein anderes Thema ist die zunehmende Verunreinigung unseres Planeten. Warum forschen wir in Europa nicht intensiv an digitalen Lösungen, die uns helfen, dieses riesige Problem in den Griff zu bekommen, Ressourcen zu schonen und gleichzeitig auch wirtschaftlich attraktiv zu sein. Wir bewundern die Amerikaner für ihren Glauben, mit digitalen Technologien Probleme lösen zu können. Anstelle eines passiven Zusehens können wir selbst Akzente setzen. Und solche Beispiele und Herausforderungen gibt es sicher viele. Das würde auch zum europäischen Selbstverständnis passen. Natürlich müssen diese Lösungen wirtschaftlich sinnvoll sein, aber eben nicht ausschließlich.

### ? Trauen Sie europäischen Unternehmen solche Lösungen zu?

Wir haben in Deutschland und Europa tolle Unternehmen, sehr viele smarte Start-ups und Wachstumsunternehmen mit sehr guten Ideen. Ich habe nur den Eindruck, dass sie sich zu wenig zutrauen, da ihnen immer die nordamerikanischen Vorbilder vorgehalten werden. Sie haben daher an Selbstvertrauen eingebüßt. Dabei haben sie dafür gar keinen Grund. Sie müssen sich nur wirklich mehr zutrauen und bereit sein, mehr Risiko einzugehen. Der Staat sollte diesen Mut weiter fördern und fordern in einem gesamteuropäischen Verständnis. Wir brauchen hier mehr europäische Souveränität, müssen Technologietrends früh erkennen und müssen uns international einmischen. Ich bin mir sicher, dass national und in Europa dazu alle notwendigen Ressourcen vorhanden sind.

Das Interview führte Christoph Witte, E-Mail: cwitte@wittcomm.de, Fotoquellen: Toby Giessen für VOICE

## »KI-Lösungen könnten kulturelle Brücken bauen«